

Dieses Blatt
erscheint täglich
Abends und ist
durch alle Post-
anstalten des In-
und Auslandes zu
bezichen.

Dresdner Journal,

Preis für
das Vierteljahr
1/4 Thlr.
Insertionsgebüh-
ren für den Raum
einer gespaltenen
Seite 12 Pf.

Herold für sächsische und deutsche Interessen.

Redigirt von **Karl Wiedermann.**

Inhalt. Verhandlungen der Nationalversammlung. — Tagesgeschichte: Dresden: Zwölfte und dreizehnte Sitzung der zweiten Kammer; kirchlicher Verein. Von der böhmischen Grenze: Die Protestanten in Prag. Berlin. Frankfurt. Wien. Prag. Pest. Preßburg. Mailand. Venedig. Neapel. Paris. — Feuilleton. — Eingesendetes. — Ortskalender. — Angekommene Reisende.

Verhandlungen der Nationalversammlung.

Achtzehnte Sitzung (von früh 9 bis Nachmittags 3 Uhr).

W Frankfurt, den 19. Juni.

Auf der Tagesordnung war die Debatte über den schon gedruckten und vom Abgeordneten Dahlmann als Berichterstatter verfaßten Kommissionsbericht wegen Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland. Der Antrag fordert, daß die Nationalversammlung beschließe: 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche von deutschen Regierungen bezeichnet und, nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von denselben ernannt werden. 3) Das Bundesdirektorium hat provisorisch a. die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen; b. die Oberleitung des gesammten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfeldherrn der Bundesstruppen zu ernennen; c) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständnisse mit der Nationalversammlung. 5) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektoriums ausgeschlossen. 6) Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirektoriums mit der eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar. 8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf. Von den 15 Mitgliedern des Ausschusses waren 10, nämlich die Abgeordneten Claussen, Dahlmann, Duncker, v. Gagern II., v. Meyern, v. Raumer, v. Sauten, v. Würth und v. Zenetti für diesen Antrag gewesen. Nach Verlesung des Protokolls trat der Abgeordnete Beisler aus München als Berichterstatter über die österreichisch-slavischen Fragen auf. Der Antragsteller ist für sehr ernste, strenge Maßregeln gegen die Slaven, wenn diese nicht ihre offenen Feindseligkeiten gegen Deutschland einstellten. (Bravo von allen Seiten). Der Präsident erklärt, es wären 50 verschiedene Anträge wegen der Niederlegung der Zentralgewalt bei ihm eingegangen. Es sei unmöglich, daß über diese Anträge heute noch debattirt würde. Er schlägt daher vor, heute zuerst über das Allgemeine, ob überhaupt eine Zentralgewalt niederzulegen sei, zu sprechen, dann aber erst, wenn

Dies entschieden, über das Einzelne zu debattiren. Es haben sich im Ganzen 113 Redner gemeldet. Die Debatte, ob überhaupt eine provisorische Zentralgewalt zu errichten sei, begann nun. Der Abgeordnete Dahlmann, als Berichterstatter, ergriff zuerst das Wort und legte der ganzen Versammlung noch einmal die ungeheure Wichtigkeit des Gegenstandes an das Herz. Die Anarchie beginne immer mehr sich auszubreiten, eine einige kräftige Zentralgewalt, ein Hort der wahren Freiheit, ein Schrecken der Anarchie sei uns daher dringend nöthig. Diese Anarchie, weil sie von manchen Seiten gewünscht, ja selbst befördert werde, könne unmöglich zu etwas Gutem führen, die wahre Freiheit werde ihr Grab in derselben finden. — Abgeordneter Jordan aus Berlin glaubt, es sei kein Mitglied in der Versammlung, welches noch an der Nothwendigkeit der Einsetzung der Zentralgewalt zweifle, er halte daher die Diskussion über diesen Punkt für überflüssig. (Wird von der Versammlung angenommen). — Abgeordneter Wiedermann: Die Nationalversammlung möge beschließen, daß die in Punkt 1, 3, 4 und 5 des Antrages gestellten Bestimmungen vor der in Punkt 2 enthaltenen zur Berathung kommen sollen. Erst müsse man wissen, welche Gewalt zu begründen sei, dann erst könne man beschließen, wem dieselbe zu übertragen wäre. Solches würde viel dazu beitragen, auch die extremsten Parteien in der Versammlung zu nähern. — Abgeordneter Wesendonck wünscht auch, daß zuerst über die Befugnisse, dann erst über die Ernennung der Zentralgewalt abgestimmt werde, aber bei der Debatte selbst würden die Redner sich nicht allein über einen, sondern über den ganzen Antrag verbreiten, Dies solle gestattet sein, die Abstimmung selbst aber solle erst über die Befugnisse und dann über die Ernennungsweise erfolgen. — Abgeordneter R. Blum spricht sich in gleichem Sinne aus. — Abgeordneter Schaffrath spricht für den Wiedemann'schen und gegen den Wesendonck'schen Antrag. Er hält es für besser, daß auch die Diskussion über die einzelnen Sätze angeordnet werde, denn man müsse Berathung und Abstimmung nicht trennen, und es sei thöricht, über das Allgemeine zu sprechen und über das Einzelne abzustimmen. — Die Abgeordneten Wiedermann und Bothmer aus Hannover sprechen noch ganz kurz über diesen Gegenstand. Abg. Vogt aus Sießen will ebenfalls erst allgemeine Debatte, dann erst einzelne Abstimmung nach dem Beispiel Englands und Frankreichs und anderer konstitutionellen Staaten. — Abgeordneter Herrmann aus München giebt der Ansicht R. Blum's Billigung. Es sei zu erwägen, ob die Zentralgewalt als Regierungsgewalt oder nur als Vollziehungsausschuß der Nationalversammlung zu betrachten sei. In letztem Falle bedürfe es keiner weitern Erörterung über die Kompetenz. Im erstern Falle aber müsse vor Allem ein Beschluß gefaßt werden, wie die Zentralgewalt zu konstituiren sei, ob von den Regierungen oder ob von der Nationalversammlung. Daher müsse zuerst über Punkt 2 des Antrages debattirt werden. — Abgeordneter Berger ist der Ansicht des letztern Redners. Gerade, wenn erst bestimmt sei, wer die Zentralgewalt ausüben solle, dann ließe sich besser über ihre Befugnisse sprechen. — Abgeordneter Ruge: Wenn auch nur ein Vollziehungsausschuß gewählt werde, so müsse derselbe doch stark und mächtig sein. Ein Vollziehungsausschuß der

Nationalversammlung sei der Sieg der Volkssouveränität, eine Zentralgewalt von den Regierungen ausgehend der des alten Prinzips. Die Nationalversammlung müsse sich daher für Ersteres entscheiden. — Abgeordneter Seiron glaube, es müsse die Diskussion ganz unbeschränkt sein, und dann erst könne man ermessen, ob und wie bei der Abstimmung eine Trennung stattfinden könne. Erst müsse man Material haben, dann erst sei es zu bearbeiten. Die Nationalversammlung beschließt fast einstimmig, jeder Redner könne sich über das Ganze verbreiten, die Abstimmung solle aber über die einzelnen Punkte stattfinden. Abgeordneter Hecker: er stehe auf dem Boden der Volkssouveränität, und wolle von dem alten Zustand Das nur beibehalten wissen, was gut und recht sei; das Vaterland sei in drohender Gefahr und daher wünsche er eine provisorische Regierung, die von der Nationalversammlung ernannt werde. Mit Punkt 1 des Antrages sei er unbedingt einverstanden. Punkt 2 billige er aber nicht, denn die entscheidende Gewalt müsse allein von der Nationalversammlung ausgehen, obgleich man ein friedliches Einvernehmen mit den Regierungen wünschen und befördern müsse. Nur was von der Nationalversammlung ausgehe, finde Vertrauen im Volke, nicht aber was von den Regierungen. Ob die vollziehende Gewalt aus Fürsten oder Privatpersonen bestehe, Das sei ihm vollkommen gleichgültig, wenn es nur tüchtige Leute wären. Man habe wohl gesagt, es sei ganz gleichgültig, was für Eigenschaften die Mitglieder der Zentralgewalt besäßen, da sie ja verantwortliche Minister hätten, von denen allein doch das Meiste abhänge. Dies sei aber bei unsern jetzigen verwickelten Verhältnissen nicht der Fall; da sei es unumgänglich notwendig, daß es selbst auch tüchtige Männer wären. Man sage oft wohl, ginge die Ernennung der Zentralgewalt von der Nationalversammlung aus, so hieße Dies die Republik proklamieren, allein Dem sei nicht so. Er als Freistädter sei zwar Republikaner, allein da die überwiegende Mehrzahl des Volkes in ganz Deutschland die konstitutionelle Monarchie wolle, so wäre die Proklamation der Republik das Signal zum Bürgerkrieg und zur Anarchie, und deshalb würde er entschieden dagegen sein. Mit dem Bundestag dürfe aber die Nationalversammlung sich in keine weiteren Unterhandlungen mehr einlassen, denn dieser habe den Haß Deutschlands auf sich geladen und sei daher ganz aufzuheben, wenn auch jetzt mehrere tüchtige Mitglieder in demselben wären (Bravo). Daß Mitglieder aus der Nationalversammlung selbst in die Zentralgewalt aufgenommen würden, halte er für nicht recht. Von ihr, aber nicht aus ihr müsse die Zentralgewalt hervorgehen. Die Zentralgewalt selbst müsse unverantwortlich sein, ihr Ministerium aber verantwortlich. Der Punkt 3b. verlange einen Oberfeldherrn; wozu Das? Dies müsse zugleich der Kriegeminister sein, zwei Personen wären hier von Uebel. Mit den übrigen Punkten sei er so ziemlich einverstanden, nur mit Punkt 4 nicht ganz, denn eine Verhandlung mit dem Ausschuss könne nur von der Zentralgewalt, nicht aber von der Nationalversammlung geschehen. — Abgeordneter Wiesner spricht sein Bedauern aus, daß der Antrag Dinge zumuthe, die selbst der Bundestag der Nationalversammlung nicht zugemuthet habe, so weit sei die Reaktion schon gediehen (Bravo der Galerien und äußersten Linken). Es sei der Antrag, man solle die Regierungen angehen, die Männer der Zentralgewalt zu ernennen; solche Regierungen, die bisher ihrem Amte so wenig gewachsen gewesen wären, die sollten jetzt tüchtige Männer suchen. Mit gebundenen Augen solle die Nationalversammlung die bloß von den Regierungen gewählten Männer annehmen, Dies sei eine arge Verletzung ihrer Majestät und daher nicht zu dulden, Fürsten dürften nicht in das Direktorium gewählt werden, sonst taue es nicht. Sein Antrag geht schließlich dahin, daß der ganze Bericht, als die Souveränität des Volkes antastend, unbedingt verworfen werde. (Bravo der Galerien und äußersten Linken.) — Abgeordneter Pagenstecher. Seit dreißig Jahren sei für die Freiheit gekämpft, jetzt habe man mit dem alten Fürstentum gebrochen, aber weiter dürfe man nicht gehen; in den meisten Gegenden sei noch viel Anhänglichkeit an Monarchien und Gesezmäßigkeit vorhanden, und Dies dürfe man nicht umstoßen, sonst sei der Bürgerkrieg vorhanden. Der Antrag sei auf das Prinzip der konstitutionellen Monarchie gegründet und deshalb müsse derselbe unterstützt werden. Gerade dadurch, wenn man die konstitutionelle Monarchie kräftige, werde die rechte Mitte zwischen Despotie und Anarchie getroffen und ein blutiger Bürgerkrieg, der

sonst unausbleiblich wäre, vermieden. — Abgeordneter Behr spricht so leise, daß es unmöglich ist, ein einziges Wort zu verstehen. (Der Redner hat das hohe Alter von 74 Jahren). Ein Sekretär verliest darauf den Bericht Dessen. Die Schaffung der Zentralgewalt in Deutschland könne leicht Verunruhigungen bei fremden Mächten erregen, ist ungefähr der Sinn der Rede, und daß eine Verständigung mit den Regierungen stattfinden müsse. — Abgeordneter Rheinwald ist der Ansicht, der Antrag hebe die Souveränität des Volkes auf; das Volk habe seine Souveränität durch heisse Kämpfe errungen, und hierin werde die Nationalversammlung dasselbe unterstützen müssen, daher müsse die Nationalversammlung die Zentralgewalt bestimmen und nicht die Fürsten. Er protestire daher im Namen des Volkes gegen diesen Antrag. Der Präsident unterbricht ihn: er könne doch nur in seinem eigenen und nicht in der ganzen Nationalversammlung Namen protestiren. (Viel Lärm auf den Galerien, Bravo von der einen, Zischen von der andern Seite.) — Abgeordneter v. Radowig ist der Ansicht, daß über die Nothwendigkeit der Exekutivgewalt keine Frage sein könne. Von äußern und innern Feinden seien wir bedroht, namentlich auch durch Zügellosigkeit von unten (Zischen auf der Galerie und der äußersten Linken), und die Gefahr eines äußern Feindes sei so groß, daß bald alle einzelnen Antipathien dagegen verschwinden müßten. Deutschland habe bisher nie vermocht, seine Zentralgewalt so in die Waagschale zu legen, wie Frankreich, aber diese größere Theilung habe auch das Gute gehabt, daß wir nicht so von einer einzigen Stadt, wie dort, beherrscht würden; die Mehrzahl des Volkes wolle seine staatlichen Einrichtungen nicht gänzlich verändert wissen. Zwar in einzelnen kleinern Staaten, die keine Geschichte hätten, sei Dies theilweise der Fall, in allen großen Staatenkörpern aber entschieden nicht. Die neue Verfassung müsse daher die Einheit des Ganzen mit der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten zu verbinden trachten. Zwar sei Dies schwer, aber bei gutem Willen von allen Seiten nicht unmöglich. Daher müsse die neue Verfassung zwei verschiedene Körper neben einander stellen, den einen zur Vertretung der Interessen der Gesamtheit, den andern zu Wahrung der Individualitäten der einzelnen Staaten; neben beiden aber solle die Zentralgewalt stehen. Was für einen Namen man dieser gebe, sei gleichgültig, der Bundestag könne es aber nicht selbst sein, weil er zu vielgliedrig wäre. Er halte es für ein großes, unbewusstes Mißverständnis, darüber zu streiten, ob die Ernennung der Zentralgewalt von den Fürsten oder von der Nationalversammlung ausgehen solle. Die Fürsten wären in den konstitutionellen Staaten so eng mit dem Volke verbunden, daß man statt Dessen sagen solle, es sei der Gegensatz, ob die Zentralgewalt von den einzelnen Völkern und ihren Regierungen oder vom Ganzen ausgehen solle. (Bravo von der Rechten und Mitte, Zischen von den Galerien und der äußersten Linken.) Auf den Galerien wird beim Abgange des Redners gepfiffen. Der Präsident nennt Dies einen Bubenstreich und droht mit Räumung. Abg. Rammann aus Sachsen spricht gegen den Antrag und besonders gegen ein Triumvirat, weil dadurch Zwietracht unter den einzelnen Stämmen hervorgerufen werde. Er glaubt nicht, daß alle Regierungen schon mit dem alten System gebrochen hätten, wie der Abgeordnete Pagenstecher behauptet habe, nur in einzelnen Staaten sei Dies geschehen, und dann müsse man diesen neuen Männern an der Spitze derselben volles Vertrauen schenken und dieselben nach Kräften unterstützen, die Ordnung zu erhalten. Abg. Besençon sagt, er huldige nicht allein den Worten, sondern auch der That nach dem Principe der Volkssouveränität, und so dürfe man dieselbe nicht schmälern, wie Dies jetzt geschehen solle. Der Ausschuss habe das Wort Republik als Scheuche gebraucht, um dadurch für seinen Antrag zu stimmen. Es sei bei diesem Falle ganz gleich, ob in den meisten Staaten die Mehrheit des Volkes die Monarchie oder die Republik wolle, denn man habe es nicht mit den Verfassungen der einzelnen Staaten selbst hierbei zu thun, sondern mit der Verfassung des ganzen Deutschlands. Hier dürfe man nicht noch einen Oberfürsten über die 34 einzelnen Fürsten setzen, denn ein konstitutionelles Kaiserthum wolle fast Niemand, die Verfassung des Ganzen müsse republikanisch sein, die Einzelstaaten könnten dann nach freier Willkür der Mehrheit des Volkes Republiken oder Monarchien bleiben. Würde aber von den Regierungen die Zentralgewalt ernannt, so sei dem konstitutionellen Kaiserthum dadurch ganz in die Hände gearbeitet, und Dies sei ein

Unglück. Die Zentralgewalt müsse daher nicht allein von der Nationalversammlung ernannt, sondern auch dieser allein verantwortlich sein. Darauf tadelt er sehr heftig den Ausschussbericht wegen seiner Unklarheit und sucht Dies näher zu beweisen, greift dann den Bundestag an (Bravo der Galerien) und spricht sich zuletzt entschieden dagegen aus, daß Fürsten in die Zentralgewalt gewählt werden sollten, denn mit Ausnahme einzelner kleinen Staaten habe keine einzige Regierung das Vertrauen ihres Volkes. (Der Redner spricht so lange und weit-schweifig, daß wir die Geduld unserer Leser zu sehr in Anspruch nehmen würden, wollten wir seine Rede auch nur weiter im Auszug mittheilen.) Abg. Bassermann spricht sehr beredt für den Antrag und gegen das Amendement von R. Blum, daß die Zentralgewalt nur der Vollziehungsausschuß der Nationalversammlung sein solle. Man müsse eine starke Regierung haben, die nicht erst bei jeder Kleinigkeit die Nationalversammlung zu fragen brauche, sonst würde Nichts erreicht. Ob es nun aber nicht gleichgültig sei, wer diese Regierung ernenne, wenn sie nur gut und tüchtig sei. Man greife jetzt immer noch die Bundesversammlung an und denke nicht, daß diese jetzt ein ganz anderes System befolge, aus ganz andern Personen bestehe, als früher. So sei es jetzt auch mit den meisten einzelnen Regierungen, die ja größtentheils ganz reorganisiert und daher volksthümlich wären. Man solle doch nicht stets um den Namen streiten, es komme auf die Thatsache selbst an, wie z. B. Belgien doch jetzt wahrhaft frei sei, ohne eine Republik zu sein. Die Bestimmung, daß eine Zentralgewalt gewählt werden solle, sei schon ein Ausfluß der Volkssouveränität, dieselbe sei also dadurch schon ausgeübt, warum man denn immer wieder darauf zurückkomme, daß Dies bisher noch nicht geschehen sei. Der Redner weist dabei auch auf die Zerrüttung Frankreichs in allen seinen Verhältnissen hin. Wir hätten jetzt in Deutschland schon gegebene Verhältnisse, diese gelte es zu reformiren, aber nicht von Grund aus umzustößen. Wenn man die Zentralgewalt ohne alle Einwirkung der einzelnen Staaten bilde, so sei es sehr leicht, daß einzelne derselben den Gehorsam verweigerten. Was würde dann der Fall sein? Nichts als Bürgerkrieg und Anarchie in Deutschland selbst. Der größte Theil des Volkes wolle aber Ruhe, auf daß das Vertrauen wieder zurückkehre, und Handel und Industrie blühe, nicht aber aufs neue Unruhe und immer Unruhe. Gerade durch diese ewigen Unruhen entstehe am leichtesten Reaktion, wie das Emporkommen Napoleon's in Frankreich nach der ersten Revolution, und bei uns in Deutschland die Reaktion nach dem Hambacher Fest 1832 beweise. Wenn jetzt der Antrag angenommen werde, so habe man der Volkssouveränität Genüge geleistet und doch die einzelnen Regierungen nicht ganz vernichtet. Dadurch allein aber könne Deutschland einem Bürgerkrieg entgehen und wahrhaft frei, einig und stark werden. Freilich würden jetzt oft alle Männer, welche für die wahre, im Gesetz begründete Freiheit zu wirken suchten, arg geschmäht, allein Dies dürfe sie von ihrem Bemühen nicht abhalten, am Ende würden doch auch sie noch anerkannt werden. (Die treffliche Rede des Abg. Bassermann machte ersichtlich große Wirkung und ward vielfach beklatscht.) Abg. Bothmer spricht für die konstitutionelle Monarchie. Abg. Leue spricht gegen den Antrag in bereiteter Weise; wenn die Zentralgewalt von der Versammlung ernannt würde, so dürfe sie auch nur den Willen dieser ausüben. Ein Bürgerkrieg, womit man drohe, sei unmöglich, denn selbst bei dem besten Willen vermöchten die Regierungen einen solchen nicht mehr herbeizuführen. (Bravo der Galerien.) Was vermöchten die einzelnen Regierungen der Nationalversammlung gegenüber? Nichts, gar Nichts, dazu seien sie jetzt viel zu unmächtig. Abg. Dunker, als Mitglied des Ausschusses, spricht mit warmen, kräftigen Worten über den Antrag und sucht denselben als zweckmäßig zu begründen. Man habe dem Gutachten des Ausschusses besonders entgegen gestellt, daß die Zentralgewalt aus der Nationalversammlung selbst hervorgehen solle. Dies sei aber politisch ganz unrichtig. Nur auf dem Wege des ruhigen, besonnenen Fortschrittes könne man der Reaktion entgegen treten, aber nicht durch Ueberstürzen, was selbst die Gemäßigten ihr wieder zuführen werde. Auf solchem Wege werde die Freiheit nicht gegründet, und wenn man die Regierungen übergebe, so erhalte man keine einige, feste Zentralgewalt, und diese müssen wir haben. Denn der große Theil des Volkes, der jetzt noch fest an denselben hänge, würde dann diese Zentralgewalt mit kräftigen helfen. Daher müsse die Nationalversammlung mit den Regierungen Hand in

Hand gehen und ihr Interesse müsse dasselbe sein. (Die Debatte wird auf den folgenden Tag fortgesetzt.)

Tagesgeschichte.

Dresden, 23. Juni. Ueber die gestrige Sitzung der zweiten Kammer berichten wir noch nachträglich Folgendes: Der Abgeordnete Tschirner hatte seine Anfrage an das Ministerium dahin gerichtet, ob dasselbe gegen irgend wen bei den Waldenburger Ereignissen Beteiligte, gegen den das Gericht nicht selbst eingeschritten sei, eine Untersuchung anstellen zu lassen beabsichtige. Er wisse zwar wohl, daß das Ministerium sich durch Verdächtigungen wegen vorhandener republikanischer oder anarchistischer Tendenzen nicht werde irre machen lassen, seinem Ziele unverrückt entgegenzugehen. Es gäbe aber Leute, die diese Befürchtungen hegten, und deshalb stelle er diese Anfrage. Staatsminister Braun setzte wiederholt und durch Vorlesung der betreffenden Gesetzstellen das Verhältniß auseinander, in welchem das Justizministerium zu den Gerichten stehe, woraus hervorgehe, daß das Ministerium wohl in einem einzelnen Falle ein Gericht anweisen kann, zu erwägen, ob Grund zu einer Untersuchung vorhanden sei, keineswegs aber kann das Ministerium eine solche selbst anordnen. Staatsminister Oberländer nannte das Beklagenswerthe bei den Waldenburger Ereignissen Das, daß das Verbrechen inmitten Tausender geschehen sei, ohne verhindert worden zu sein. Das seien krankhafte und faule Zustände, welche jedoch durch die liberalen Bestrebungen nicht verschuldet worden seien. Vizepräsident Pfotenbauer erklärte das Benehmen der Regierungskommissare nach Berichten von mehr als hundert Augenzeugen für vollkommen gerechtfertigt und fand den Grund zu diesen faulen Zuständen in den Verhältnisse, meinte jedoch, daß über den Ursprung des Ganzen sich nicht viel sagen werde, da es offenbar von geheimen Händen geleitet worden sei. Außer den Genannten sprachen noch die Abgeordneten Siegel, Küttner, Helbig, v. Erigern, Rittner, Behner, Rostig-Drzewiecki, Kaiser, die Staatsminister Braun und Oberländer zum andern Male; ein Antrag a. d. Winkell's auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt. Die Herren v. Erigern und Küttner erklärten sich zwar im Wesentlichen mit Tschirner einverstanden, fanden aber seinen Vergleich der gestrigen Debatte in der ersten Kammer mit deren über die Leipziger Augustereignisse nicht ganz richtig. Kaiser suchte nachzuweisen, daß die Art und Weise, wie der Fürst Schönburg gegen seine Untergebenen verfahren sei, die Ursache zu den Waldenburger Ereignissen gegeben habe. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war der Bericht der ersten Deputation in Betreff der für die Armee zu beschaffenden Pferde. Die Majorität der Deputation hatte sich gegen die diesfallsige Gesetzesvorlage erklärt, weil sie der Meinung war, daß die Pferde nicht von den Gemeinden gegen Entschädigung geliefert, sondern frei angekauft werden sollten. Nach längerer Debatte, an welcher besonders das Mitglied der Minorität der Deputation, Schäffer, Sachse (der für die Gesetzesvorlage sprach), Dierst Aster, Behner, Staatsminister v. d. Pfordten Antheil nahmen, ging die Kammer hauptsächlich wohl in Folge der Frankfurter Depesche (die wir bereits gestern mitgetheilt), auf den Vorschlag v. d. Pfordten's ein und nahm den Antrag v. d. Beck's an, die ganze Angelegenheit der Deputation zu nochmaliger Berichterstattung nach Vernehmung mit den Regierungskommissarien zurückzugeben.

Dresden, 23. Juni.

Dreizehnte Sitzung der zweiten Kammer.

Unter den Eingängen auf der Registrande befand sich eine Petition des Dresdner Vaterlandsvereins um Beitritt zu einer Adresse, welche derselbe an die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt behufs des Schutzes der deutschen Ostgrenzen erlassen. Herr v. Rostig-Drzewiecki beantragt, diese Petition ad vota zu legen, da die Ständeversammlung, wenn sie Adressen entwerfen wolle, Dies schon selbst thun werde. Dagegen erhob sich jedoch Helbig, darauf hinweisend, daß ja jede Petition angenommen und wenigstens geprüft werde, und Tschirner, der sie mit der Bemerkung zu der seinigen machte, daß er wohl wisse, daß von gewissen Seiten her Petitionen vom Vaterlandsvereine nicht gern gesehen würden, daß die vom deutschen Verein lieber aufgenommen würden. v. Rostig-Drzewiecki erklärt, daß er weder

dem deutschen noch dem Vaterlandsvereine angehört, sondern selbstständig dastehet, worauf die Petition der dritten Deputazion übergeben wird. Auf der Tagesordnung befand sich der Bericht der zweiten Deputazion über das allerhöchste Dekret, einige, dem Staatseisenbahnwesen angehörige Gegenstände betreffend. Der erste Punkt des Gutachtens, dahin gehend, daß die Kammer in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage ihre Zustimmung zu den bisher erfolgten Vorschriften, wie zum Fortbau der sächsisch-bairischen Staatseisenbahn, soweit es nur immer die zur Verfügung stehenden Mittel der Staatskasse gestatten, ertheilen möge, fand nach kurzer Debatte über die wünschenswerthe Anlegung eines Anhaltepunktes zu Münza im Altenburgischen, wofür die Regierung die Zustimmung der Altenburgischen Regierung noch zu gewinnen hoffte, einstimmige Annahme. Beim zweiten Punkte, die Verbindungsbahn zwischen den Leipziger Bahnhöfen betreffend, entspann sich eine Debatte zwischen dem Abgeordneten Evans, dem Referenten Harckort, v. d. Planitz, dem Regierungskommissar v. Ehrenstein einerseits und andererseits über die von Ersterem gewünschte Herbeiziehung der Leipzig-Dresdner und Leipzig-Magdeburger Bahngesellschaften zu den Kosten dieser Verbindungsbahn, wogegen man sich theils aus Rechtsgründen erklärte, theils deshalb, weil dann auch eine Einmischung dieser Bahngesellschaften in die Verwaltung gelitten werden müßte und (Staatsminister Georgi) weil man sonst den Gütertransport denselben umsonst zugestehen müßte. Im Laufe dieser Diskussion erklärte auch der Herr Finanzminister, daß die Verträge mit der preussischen Regierung wegen der Verbindungsbahnen zwischen Leipzig und der thüringischen Bahn und zwischen Riesa und Jüterbogel abgeschlossen und beide bis zum 1. Oktober vollendet sein würden. Die Kammer genehmigte gegen 2 Stimmen, daß die Verbindungsbahn zwischen den Leipziger Bahnhöfen aus Staatskassen gebaut wird, und nahm ferner den Antrag der Deputazion, mit dem sich auch das Ministerium einverstanden erklärt hatte, an, daß allmonatlich Uebersichten über die Frequenz der sächsisch-bairischen und demnächst in Betrieb kommenden sächsisch-böhmischen Staatsbahnen veröffentlicht werden sollten. Der dritte Punkt des Berichts, für jetzt von dem Plane einer Konzentration der Dresdner Bahnhöfe abzusehen und dafür die Verbindung der zu Dresden ausmündenden Eisenbahnen durch eine auf Doppelgleis und Lokomotivenbetriebe eingerichtete Schienenlegung herstellen zu lassen, wurde ohne alle Debatte genehmigt.

— Dresden, 23. Juni. In der gestern abgehaltenen Versammlung des hiesigen kirchlichen Vereins berieth man, nach einem kurzen Berichte des Herrn Albani über die am 14. d. M. in Leipzig gehaltene Predigerversammlung (s. D. Allg. Zeit. v. 19. d. M.) sowie nach Annahme der von Herrn Köhler abgefaßten Adresse an den Leipziger kirchlichen Verein, über die Petition der Annaberger Predigerkonferenz an das Kultusministerium, die Einberufung einer konstituierenden Landesynode betreffend. Referent war Diakonus Pfeilschmidt. Das Ergebnis der ebenso lebhaften als gründlichen Debatte ging dahin: der Verein erklärt sich in Uebereinstimmung mit der fraglichen Petition für die Nothwendigkeit einer konstituierenden Landesynode zum Zwecke einer Neugestaltung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens und damit für die Nothwendigkeit, daß der Ständeversammlung ein diesfalliges Wahlgesetz vorgelegt werde. Abweichend aber von der Annaberger Petition hält er direkte Wahlen, bei welchen die Urwähler nicht an die Parochien gebunden sind, für das allein Zeitgemäße, und wünscht die konstituierende Synode so zusammengesetzt, daß auf je drei Laien ein Lehrer und ein Geistlicher komme. Auch sei es besser, den Entwurf zu einer neuen Kirchenordnung nicht vom Landekonsistorium als solchem der Synode vorlegen, sondern von einer aus der Mitte der Synode zu erwählenden Kommission bearbeiten zu lassen, wobei man die Hoffnung ausspricht, daß man die jetzigen Mitglieder des Konsistoriums als Männer des allgemeinen Vertrauens in diese Kommission wählen und so die vollkommene Selbstständigkeit der Synode wahren werde, ohne die Achtungswürdigkeit des Landekonsistoriums in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung im geringsten zu beeinträchtigen. Diese Ansichten wolle der Verein in einer Eingabe an das Kultusministerium aussprechen und damit die Bitte verbinden, das Wahlgesetz wie den Entwurf der neuen Kirchenordnung vor der Berathung für jeden Fall durch die Presse zu veröffentlichen und der allgemeinen Be-

urtheilung anheim zu geben. Schließlich erfolgte noch die definitive Wahl des Ausschusses und wurden zu wirklichen Mitgliedern die Herren Albani, Galle, Jäkel, Köhler und Pfeilschmidt, zu Stellvertretern die Herren Berthelt und Ischille ernannt.

¶ Von der böhmischen Grenze. (Die Protestanten in Prag.) Die Stellung unserer Glaubensbrüder in Prag war von jeher sehr beschränkt und angefeindet und man hätte lieber allen Kultus verboten, wenn nicht Joseph's II. Toleranzedikt hinderlich gewesen wäre. Das protestantische Bethaus steht abgefordert in einer einsamen Gasse, keine Glocken durften noch vor den letzten Ereignissen die Andächtigen zusammenschicken. Der Thurm wurde durch das kaiserliche Edikt, daß an keinem Gebäude, welches durch sein alterthümliches oder sonst zierliches Aussehen zur Schönheit der Städte und anderer Orte beitrüge, etwas verändert werden darf, zufällig erhalten, sonst würde er ohne Gnade und Barmherzigkeit abgetragen worden sein. Die Gemeinde besitzt wenig Mittel und muß die zur Befoldung der Geistlichen und Lehrer nöthigen Mittel meist durch jährliche Beiträge aufbringen. Der jetzige Pfarrer Martius, früher Diakonus in Asch, wurde ohne sein besonderes Ansuchen von der Gemeinde selbst berufen und ist in moralischer und wissenschaftlicher Beziehung ein ausgezeichnete Mann. Seine geistreichen Kanzelvorträge wurden auch von Katholiken besucht, und als die neidischen Pfaffen Dies erfuhren, so kam dem von aller Proselytenmacherei entfernten Martius von oben die Weisung zu, sich in seinen Predigten aller und jeder Bemerkungen über andere Konfessionen zu enthalten. Dieser wies diese schmählische Insinuation gebührend zurück und ist seitdem in Ruhe gelassen worden. Der Geistliche der böhmisch-protestantischen Gemeinde hält mit seinem Amtsbruder keine kollegialische Verbindung. Alle heilige Handlungen, wie Taufen und Trauungen wurden bis jetzt zwar von dem protestantischen Pfarrer vollzogen; die Urkunde darüber aber, das Kirchenbuch führt der katholische Geistliche, der auch alle Zeugnisse in dieser Beziehung ausstellt. Die Stolgebühren müssen der diesseitigen Kirche ebenso gut bezahlt werden, daher große Theuerung derartiger Akte. Bei der jetzt eingetretenen Zeit könnten unsere Glaubensgenossen allerdings freier sich bewegen und die schon längst garantierte Gleichstellung in Anspruch nehmen, mußten aber dem Vernehmen nach noch immer in der alten Beschränkung verharren, weil sie durch dieses freiere Gebahren die Wuth des fanatisirten Ezechelpöbels auf sich gewälzt und vielleicht sehr unheilvolle Ausbrüche herbeigeführt hätten. Dies das Glück der Protestanten in Prag!

Berlin, 21. Juni. Das Gutachten der Zentralabtheilung über den Antrag von Reuter in Bezug auf Posen geht dahin, daß eine Kommission aus 16 Mitgliedern, mit Ausschluß der posenschen Abgeordneten, ernannt werde, welche das bisherige Verfahren der Regierung in Posen und die nationalen Verhältnisse dieser Provinz untersuche, auch die Mittel zu bleibendem friedlichen Zustande angeben möge. — Die Abdankung des Ministeriums beschäftigt fortwährend die Gemüther; man meint, daß das neue Ministerium nicht mehr aus der Linken des alten Landtags, sondern wenigstens aus dem Centrum der jetzigen Nationalversammlung genommen werden müsse. — Wahrscheinlich wird der interimistische Bürgerwehrrkommandeur Rimpler beibehalten werden. Graf Reichenbach ist zum Kommandeur der Bürgerwehrrartillerie bestimmt. Hauptmann v. Nagmer — der aus dem Zeughaufe abzog, um ein Blutbad zu verhüten — soll sich erschossen haben. — Das Abreißen der Zettelplakate läßt jetzt merklich nach, denn ein deshalb Angeklagter ist vom Kriminalgericht wegen Verletzung fremden Eigenthums zu achtmonatlichem Gefängniß verurtheilt. — Es wird mehr und mehr bis zur Evidenz klar, daß der Rücktritt des Ministeriums und die Unmöglichkeit der jetzigen Ergänzung daraus speziell hervorging, daß die Krone die Nichtanerkennung der Revolution und ihre Selbstständigkeit in Bezug auf das Ausland zur Bedingung macht. Hierauf war das vorige Ministerium eingegangen; ein neues, wenn es nicht Leute des alten Systems sind, kann solche Stellung nicht annehmen. Die Wahl des v. Schleinitz als Minister des Auswärtigen bestärkt diese Vermuthung, denn derselbe erscheint nicht bedeutend genug, um ihm zu eigener Führung die Verhältnisse mit dem Auslande anzuvertrauen, und möchte bloß einstweilen den materiellen Theil der Verhandlungen zu führen bestimmt sein. — Die Gerüchte über Kriegsgefahr mit Rußland vermehren sich, und es fällt auf, daß darüber in der Natio-

nalversammlung von ministerieller Seite nicht die geringste beruhigende Erklärung gegeben wurde. — Einer städtischen Deputazion, welche von Herrn Camphausen die Gründe für das Niederlegen seines Ministeriums zu erforschen suchte, sagte derselbe entschieden, daß die Besorgnisse über einen nahe bevorstehenden Krieg mit Rußland durchaus unbegründet seien. — Der Bericht des Staatsanwalts Neumann über die Untersuchung der Zeughausvorfälle besagt, daß die auf das Volk abgefeuerten drei Schüsse von drei Männern in grünen Blousen ausgingen, welche zwar in den Reihen der Bürgerwehr gestanden haben, die aber unbekannt sind und von denen man überhaupt nicht weiß, ob sie zur Bürgerwehr gehörten. — Das Gewitter an Pfingsten hatte auf die Anhalt'sche Eisenbahn vom Kreuzberge eine solche Menge Sand und Wasser auf die Schienen geschwemmt, daß der Zug stecken blieb und eine Reservemaschine beordert werden mußte. Am letzten Montag entlud sich ein Gewitter nach Frankfurt zu mit Hagel und Sturm und bewirkte gewaltige Verheerungen. Nicht bloß das Glas der Fenster, sondern auch die Holzsprossen derselben und die Ziegeln wurden zerschmettert, die Rohr- und Strohdächer abgedeckt, das Getreide zerknickt, die Gartensfrüchte zerhackt; die Hagelstücke waren so scharfkantig, daß sie Einschnitte in die Bretter machten. Das Wetter dauerte nur 5 Minuten.

Frankfurt, 21. Juni. In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung kamen die Ereignisse in Prag zur Sprache und es wurde beschlossen, die benachbarten Regierungen von Preußen, Baiern und Sachsen zu veranlassen, zur Unterstützung der gefährdeten deutschen Interessen, sobald ihre Hülfe von der Landesbehörde angerufen werden sollte, den bundesgesetzlichen Schutz der Personen und des Eigenthums zu leisten.

† **Wien, 21. Juni.** Wien war einmal wieder in Alarm. Es begab sich, daß die mächtige ungeheure Anzahl von — 5, sage fünf Arbeitern in den Sicherheitsauschuß kam, die sich da für Deputirte einer Abtheilung ausgaben und auf Bezahlung der Feier- und Regentage, Reduktion des täglichen, des Arbeiterinnen- und Knabenlohnes als Kompensation für die obige Staatsausgabe antrugen. Darüber verlor der Auschuß etwas den Kopf, und nachdem die wenigen widersehligen Arbeiter (trotz ihrer Weigerung vom Samstag) am Sonntag sich mit ihrer gewöhnlichen Löhnung begnügten, ließ man gestern Alarm schlagen, die Nationalgarde 8 Stunden lang auf dem Glacis bei einer Hitze von 33 Graden der Sonne ausgefetzt stehen und Abends wieder heimkehren. Während dieser Zeit war der Sicherheitsauschuß permanent, man zankte sich, sagte sich Grobheiten, die Nationalgarde schickte eine Deputazion über die andere, erklärte, nicht mehr ausrücken zu wollen, wenn man sie immer zum Besten hält; man berathschlagte um 1/2 7 Uhr Abends noch, ob man die Rädelöführer der aufrührerischen Partei gefangennehmen sollte, während die meisten Arbeiter schon um 6 Uhr von den Arbeitsplätzen weg waren; man konnte endlich unmöglich eine unruhige Partei finden, man ging nach Hause, nachdem beschlossen worden war, ein Plakat zu veröffentlichen, um den Arbeitern anzudeuten, daß, wenn je die Nationalgarde ihretwegen ausdrücken müsse, man mit der schärfsten Strenge verfahren werde. Dies war das Resultat des Alarmtrommelns und des Scharladens am 19. Juni. Diese Affaire war für alle Vernünftigen gar zu lächerlich, wenn man sich zwei Tage unter den Arbeitern herumtreibt und keinen Einzigen findet, der wirklich Berücksichtigung verdient oder Furcht erregen könnte, während 10,000 Mann unter den Waffen stehen und Mancher im Stillen sein Testament gemacht hat, Andere wieder todesmuthig gegen unbewaffnete Rebellen ziehen wollten, wenn man sieht, daß der Auschuß, anstatt die paar mehr betrunkenen als unzufriedenen Störenfriede gleich festnehmen zu lassen, sich in philosophische Diskussionen einläßt, dann weiß man nicht, soll man sich ärgern oder lachen. — Wir haben soeben ein — ich weiß nicht mehr wievieltens — kaiserliches Manifest (Proklamation) erhalten, worin der Kaiser erklärt, daß seine Gesundheit sehr schwach sei, daß er seinen Bruder Franz Karl (der hierher kommen sollte) in seiner Nähe zu haben wünschte, und daß er daher seinen lieben Dheim Johann zur Eröffnung des Reichstags mit unbeschränkter Vollmacht hieher sendet. Dieser Entschluß ist uns willkommen. Ist auch der Erzherzog nur ein Liberaler von Anno 30 her und werden ihm auch viele unserer neuen Freiheitsbestrebungen

nicht ganz zusagen, so ist er doch dem Volke achtungswerth, genießt die Sympathien der Steirer und Tiroler und ist kein Pfaffenfreund. Aus Kroatien erhalten wir die Nachricht, daß der panslavistische Aufstand durch die Energie des Baron Hrabovsky, eines alten Veteranen, den ich selbst als wahrhaft liberalen tüchtigen Mann kenne, so ziemlich gedämpft ist. Leider sah er sich gezwungen, Carlowitz, wo das Hauptlager der über die Donau gekommenen Serben war, zu bombardiren und das Standrecht zu erklären. In dessen benimmt er sich mit der größten Ruhe, aber auch nicht ein Haar breit weichend. Banus Jellachich ist durch einen Befehl des Kaisers, der eine lange Strafpredigt an die Kroaten und Slavonier hinsichtlich ihrer Feindseligkeiten gegen Ungarn schrieb, in Anklagezustand versetzt. — Ein Geschäftsbrief vom 20. meldet das Gerücht, daß Triest am 18. d. M. durch die vereinte sardinische-neapolitanische-venezianische Flotte bombardirt worden sei.

Prag, 21. Juni. Der demokratisch-czechische Aufstand sollte eigentlich erst am 15. losbrechen, wie die gefundenen Verschwörungspapiere ergeben. Eine Bartholomäusnacht gegen die Deutschen von Seiten der Ultrazechen soll im Werke gewesen sein, und ein völliges Losreißen von Deutschland und Oesterreich war beabsichtigt. Der Bierwirth Fister soll zum zweiten Male in Pilsen ergriffen sein.

Pesth, 17. Juni. Es erweist sich, daß Rußland die Bewegungen der Serbier gegen Ungarn hervorrufft. Es ist hier ein Emissär eingebracht, welcher vom Exminister Kolowrat den Auftrag hat, die slavischen Bauern in Ungarn auf die Ankunft der Russen vorzubereiten, welche den Adeligen den Grundbesitz nehmen und ihn den Bauern geben würden. Ungarn rüstet sich mit aller Kraftaufbietung.

Preßburg, 19. Juni. Der Kampf bei Carlowitz ist beendet; durch das begonnene Bombardement der Stadt fielen nur 7 Personen. Es wurden der Stadt auf ihren Wunsch illirische Grenzregimenter bewilligt und die Ruhe ist hergestellt.

Mailand, 17. Juni. Unterm 16. dieses hat die provisorische Regierung der Lombardei einen Aufruf an die Lombarden erlassen, worin denselben der Stand der Dinge im Venezianischen offen dargestellt, sodann zugleich betheuert wird, daß man das venezianische Gebiet keineswegs aufzugeben gedenke. „Wenn unsere Waffen an der Etzsch stehen blieben — heißt es in dieser Proklamation — so würden wir unserm Schwur untreu werden.“ (Fr. J.)

Venedig, 13. Juni. Bereits früher, nachdem man die Hoffnung auf eine befriedigende Vermittelung von Seiten des deutschen Parlaments aufgeben zu müssen glaubte, soll die hiesige Regierung sich an die französische Republik gewendet haben, um deren Einschreiten anzusprechen. In diesem Augenblick (2 Uhr Nachmittags) bedeckten sich in allen Kirchspargeln aufgelegte Adressen mit Unterschriften zum gleichen Zweck. Man ersieht hieraus, daß man die Absicht hat, sich für lange und aufs äußerste zu vertheidigen, wie denn auch ringsum die Forts mit Allem versorgt und wohlbewaffnet sind. Die Wirkung der Nachrichten von Padua's und Vicenza's Ergebung bringen mit jedem Augenblick steigende Erbitterung hervor und machen die entgegengesetzte Wirkung, als die Oesterreicher erwarten dürften. (A. B.)

Neapel, 11. Juni. Der Aufstand in Calabrien, die Truppensendungen dauern fort. Die Regierung hat am 9. ein neues Dekret zur Bildung einer Nationalgarde erlassen, welches aber, da es im illiberalsten Sinne abgefaßt ist und nur 2400 Auserwählte statt der 18,000 frühern Wehrmänner zu den Waffen ruft, ungemein empört hat. (Schwab. M.)

Paris, 18. Juni. Gegen den Schluß der heutigen Sitzung wurden die Zusammenrottungen am Nationalpalaste und der Ruf der Menge so drohend, daß die Truppen den Platz säubern und Verhaftungen vornehmen mußten. In Nismes soll eine blutige legitimistische Emeute stattgefunden haben. Der Prinz Joinville ist in London ernsthaft an Leberleiden erkrankt und sein ehemaliger Leibarzt dorthin berufen. — Die Zahl der bonapartistischen Journale, welche größtentheils gratis vertheilt werden, mehrt sich täglich. Auch die kommunistische Partei soll Willens sein, unter L. Napoleon's Namen wieder eine Schilderhebung zu versuchen; wenigstens werden Barbès und Blanqui nicht mehr genannt.

Feuilleton.

* Unter den Petitionen an die französische Nationalversammlung ist auch eine von einem Herrn Varete eingegangen, „die Ehe auf mehrere Frauen für einen Mann auszudehnen.“ Er motivirt diesen Antrag durch die Einformigkeit einer Frau und behauptet nach statistischen Daten, daß die Vielweiberei des Orients die Sittenreinheit bedeutend begünstige, die Prostitution verhindere und das häusliche Leben beglücke! Die Mitglieder der Prüfungskommission sind — in Betracht ihrer eigenen Ehefrauen und deren unmaßgeblichen Ansichten — über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen.

* Hat je Einer lange Ohren gehabt, so ist es der jetzige Präsident Louis Napoleon. Erst schreibt er einen Brief an den Präsidenten, in welchem er den „Präsidenten“ stark durchblicken läßt; kaum aber hat er 7 1/2 Uhr Abends den 15. Juni in London gehört, was zur selben Zeit in Paris in der Nationalversammlung über diesen Brief geäußert ward, so richtet er an den Präsidenten ein anderes Schreiben, läßt darin der Republik alle Ehre, thut bescheiden und entsagt ganz seiner Abgeordnetenschaft in der Versammlung. Diesem schnellen Briefwechsel nach befindet sich besagter Prinz gar nicht in London, sondern in einer Mansarde von Paris. Die Nationalversammlung hat mit ihrem Entschlusse, den Prinzen wie einen gewöhnlichen Menschen in die Versammlung zuzulassen, ihn an der empfindlichsten Stelle getroffen. Der Präsident wollte durch seinen Ausschluß Interesse, Propaganda und Aufstand erregen, mit dem Siege in der Versammlung ist ihm nicht gedient, er verleihe den mistischen Schein seines Namens, wenn er sich persönlich etwa als unbedeutendes talentloses Individuum offenbarte. Drum hat er abgeschrieben.

* Kaum mag das Königthum je von einem so bedeutenden und gewandten Revolutionsmanne und feurigen Patrioten vertreten sein, als von Gioberti. Er wirkt überall in Italien für Karl Albert mit bewunderungswürdigem Erfolge und geht jetzt deshalb nach Sizilien. Die Absicht, ganz Italien vorläufig durch einen König zu einigen, ist jedenfalls praktisch, für die jetzigen Zustände des Landes die allein richtige, und versteht sich dabei von selbst, daß diese Millionen von Menschen ihre freie Verfassung dabei in bester Weise sichern werden, und daß ein solcher Anschluß aller an Piemont mehr ein Bedürfnis des Augenblicks ist, ohne die Gewohnheitsfesseln der Legitimität in sich zu fassen.

* In München hat es wieder einen Krawall gegeben, — in Bierangelegenheiten. Glückselig strebendes, thatkräftiges Volk, was von den Revolutionen des Staates zu Bierhändeln zur Erholung übergeht, um die breite demokratische Fortschrittsbahn nicht unter den Füßen zu verlieren.

Verantwortliche Redaktion: Professor Karl Biedermann.
In dessen Stellvertretung: Professor Dr. G. Schletter.

Eingesendetes.

Hohnstein bei Stolpen, 20. Juni. Soeben kommt uns von Dresden die Nachricht zu, daß hiesige Justizamt solle von hier nach Stolpen verlegt werden. Man sagt, es solle mit etlichen Grenzämtern bis Michael die Probe gemacht werden, um zu sehen, wie sich die neue Gerichtsverfassung einführen lassen könne. Wir bezweifeln aber aus langjähriger Erfahrung, ob Stolpen als Mittelpunkt des neuen Gerichtsbezirks schon in geographischer Hinsicht mit Recht zu betrachten sei. Denn Hohnstein liegt recht eigentlich — in der Mitte der jetzigen Amtslandschaft, und Dies haben die Vorfahren wohl bedacht, da sie eine Gerichtsstelle hier errichteten. Wie würde die Amtslandschaft klagen, wenn sie nach Stolpen wandern sollte, wohin, vorzüglich im Winter, alle Verbindung aufgehoben ist. Der Geschäftsgang würde nur höchst lästig und langsam werden. Will man erwähnen, daß für zwanzig oder dreißig Familien, welche an die neue Gerichtsstätte sich anschließen, nicht Raum und Bequemlichkeit genug sei, so muß man dagegen sagen, daß mehrere Häuser hier bereits leer stehen, welche in der kürzesten Zeit bequem einzurichten sind. Nur darf Dies nicht auf Kosten des Staats geschehen, der allemal theuer baut, sondern ein Privatmann muß den Bau übernehmen. Und der wird sich gewiß in Hohnstein finden. Uebrigens eignet sich das Schloß besser zur neuen Einrichtung, als das Stolpener

Amtsgebäude, man mag dagegen sagen, was man will. Nur dürfen nicht Parteiische über diese Angelegenheit urtheilen, sondern wirklich Sachkundige, die langjährigen Verkehr mit dem Amte gehabt haben. Und was sollte aus dem armen Hohnstein werden, wenn vollends das Amt verlegt würde. Die Nahrungsquellen fließen schon jetzt sehr dürftig, dann würden sie gar aufhören. Die meisten Familien, die sich jetzt vom Amtspersonal nähren, würden geradezu verarmen. Möchte doch Dies unsere jetzige Regierung, welche es mit dem Lande wahrhaft gut meint, reiflich überlegen, ehe sie einen Schritt thut, der alsdann nicht wohl zu ändern ist und — Geld kostet. Wie man hört, wird von der Amtslandschaft eine Petition vorbereitet, die bei der Regierung Beibehaltung des Amtes in Hohnstein zu beantragen beabsichtigt.

Viele Bewohner der Amtslandschaft Hohnstein.

Ortskalender.

Theater.

Sonnabend, den 24. Juni.

Softtheater in der Stadt.

König René's Tochter.

Lyrisches Drama in 1 Akt, von Henrië Herz. Im Versmaße des dänischen Originals übersezt von F. A. Kro.

Hierauf:

Ein Arzt.

Luftspiel in einem Akt, frei nach dem Französischen von J. Ch. Wages.

Anfang um 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Wasserstand der Elbe.

Freitag Mittag: 1° 14' unter 0.

Auctionen.

Montag den 26. Juni, Vormittags von 10 Uhr an, im Rath's-Auctions-Locale, innere Kampische Gasse Nr. 21, erste Etage: **Ameublement von Mahagoni.**

Montag den 26. Juni u. folg. Tage, Nachmittags von 3 Uhr an, Antonstadt, Wagner Straße Nr. 16 part.: **Ameublement von Mahagoni, Wagen, Geschirre, Reitzzeuge u. div. Topfgewächse.**

Dienstag den 27. Juni, Vormittags von 10 Uhr an, Wilsdruffer Gasse Nr. 14, erste Etage: **Waarenvasen, Mobilien und Wuchwaaren.**

Mittwoch den 28. Juni u. folg. Tage, Vormittags von 10 Uhr an, Antonstadt, Weintraubengasse Nr. 3: **Mobilien u. Effecten.**

Mittwoch den 5. Juli, Vormittags von 9 Uhr an, im Rath's-Auctions-Locale, innere Kampische Gasse Nr. 21, erste Etage: **Landweine.**

Gemeinnützige Anstalten, Sehenswürdigkeiten &c.

Gemäldegalerie, am Neumarkte, Vormittag von 9 bis 1 Uhr, freier Eintritt.

Grünes Gewölbe, im königl. Schlosse, Vor- und Nachmittags; Einlaß gegen Karten zu 2 Thlr. für 6 Personen.

Antiken-Cabinet, im Japanischen Palais, Vormittag von 9 bis 1 Uhr, freier Eintritt.

Zoologisches Museum, im Zwinger, Vormittag von 9 bis 1 Uhr oder Nachmittags von 2 bis 5 Uhr, 6 Personen 1 Thlr., eine Person 10 Ngr.

Mineralien-Cabinet, im Zwinger, Vormittag von 9 bis 1 Uhr oder Nachmittags von 2 bis 5 Uhr, 6 Personen 1 Thlr., eine Person 10 Ngr.

Königliche Bibliothek, im Japanischen Palais, Vormittag von 9 bis 1 Uhr zum Gebrauch. Umherführen der Fremden: von 11 bis 1 Uhr; Anmeldung dazu: eine Stunde vorher.

Alterthums-Museum (Palais des großen Gartens), Nachmitt. 3 Uhr, früh bei vorhergehender Meldung bei dem Inspector Rothhus, an der Elbe Nr. 22.

Vereinstitut von G. Karl Wagner für wissenschaftliche und belletrische Zeitschriften &c. Anmeldung und Prospecte: Expeditions-Lokal Feldgasse Nr. 1 und Gottschald's Buchhandlung am Züdenhofe.

Verein für Arbeiter- und Arbeitsnachweisung. Die Expedition befindet sich: Antonplatz Nr. 6.

Literarisches Museum, Ecke der Schloß- und Rosmaringasse. Eingang: Rosmaringasse Nr. 8, 1 Tr. Durch Mitglieder eingeführten Fremden steht einmaliger Zutritt frei; eine Wochenkarte: 10 Ngr.; eine Monatskarte: 1 Thlr. Zutritt: von früh 8 bis Abends 10 Uhr.

Chinasiber-Waaren eigener solider Fabrikation von Oscar Fordtrann, Wilsdruffer Gasse Nr. 46.

Reisegelegenheiten:

Leipzig: Dresdner Eisenbahn. Postzüge früh 6, Mittags $\frac{1}{2}$ 1 und Abends 5 Uhr; Packzüge Vormittag 10 und Abends 7 Uhr.
Sächsisch-Schlesische Eisenbahn. Täglich früh 6, Vormittags 10, Mittag $\frac{1}{2}$ 2 und Abends 5 Uhr.
S. sächsische Dampfschiffahrt. Täglich früh 6 Uhr nach allen Stationen der sächs. u. böhmischen Schweiz, Ausig (Leplig), Leitmeritz u. Prag. Täglich Nachmittags 2 Uhr nach Pillnitz bis Schandau.
Dampfschiff Telegraph. Täglich, mit Ausnahme Dienstags, früh 9 Uhr und Nachmittags $\frac{1}{2}$ 7 Uhr nach Meissen.
S. f. Dampfschiffahrt. Täglich von Dresden nach allen Stationen

der sächsischen Schweiz, Zetschen, Ausig (Leplig), Leitmeritz, Melnik, Döbritz und Prag.

Bäder:

Alberts-Bad. Ostro-Allee Nr. 25: Dampf- und Wasserbäder.
Brunnen-Bad. Eingang: Annengasse Nr. 19 oder Eitengasse.
Josephinen-Bad. Neuegasse Nr. 15: Warme Wasserbäder.
Marien-Bad. Neuere rompische Gasse Nr. 19: Warme Wasserbäder.
Russische Dampfbäder. Große Frohngasse Nr. 21: von früh bis Abends.
Stadt-Bad. Berggasse Nr. 30: Warme Wasserbäder.

Den 23. Juni bis Mittag in Dresden angekommene Reisende.

Altman, Kfm. v. Breslau, St. Gotha.
 Aubert, Secretair v. Prag, St. Rom.
 Arenfeld, Part. v. Dessau, St. Rom.
 Beer, Student v. Breslau, Kronprinz.
 Behrisch, Fabrik. v. Limbach, gr. Rauchh.
 Beinhoff, Lieutenant v. Halle, deutsch. Haus.
 Berger, Kfm., u. Fam., v. Bischofswerda, St. Leipzig.
 v. Beschwig, Kammerh. u. Rtgbesizers Fr., u. Fam., n. Dienersch., v. Arnsdorf, S. du Rhin.
 Beunert, Maler v. Berlin, St. Berlin.
 Bever, Student v. Breslau, Kronprinz.
 Böhring, Kfm. v. Leipzig, deutsch. Haus.
 Bredow, Baumstr., u. Fam., v. Berlin, St. Wien.
 Buchan-Warren-Bright, Geistlicher v. London, St. Gotha.
 Schwaitz, v. pein. Offizier v. Paris, K. Kch.
 Dolobowski, Componist v. Lüttich, S. de Pol.
 Eysen-Brunner, Part. v. Breslau, St. Berlin.
 Feibert, Buchdrucker v. Königsberg, St. Berl.
 Fleetwood, k. schwed. General, n. Dienersch., v. Stockholm, St. Rom.
 Friederich, Kfm. v. Magdeburg, St. Rom.
 Gerloch, Kfm. v. Leipzig, St. Gotha.
 Gläser, Fabrik. v. Lengsfeld, deutsch. Haus.
 Görz, Fr., v. Bremen, St. Berlin.
 v. Görden, Graf, Lieutenant v. Potsdam, S. de France.

Gumprecht, Kfm. v. Chemnitz, K. Rauchh.
 Hanemann, Kfm. v. Breslau, S. de France.
 Heisterberak, Kfm. v. Freiberg, gold. Engel.
 Hering, Student v. Tharand, gr. Rauchh.
 Heuse, Rentiere v. Bremen, St. Berlin.
 Hoffmann, Premier-Lieuten. v. Reisse, St. Rom.
 Jahn, Kfm. v. Leipzig, Kronprinz.
 Jordan, Fr., v. Arnsdorf, S. du Rhin.
 v. Kaiger, Offizier v. Magdeburg, St. Wien.
 Kester, Student v. Breslau, Kronprinz.
 v. Klaproth, Major v. Berlin, deutsch. Haus.
 Konfski, Componist v. Paris, S. de Pologne.
 Lamp, Rentier v. England, St. Berlin.
 Liebig, Handelsmann v. Rüngelsbain, Kronpr.
 Lindt, Geh. Secr. v. Berlin, gr. Rauchhaus.
 Limonsen, Kfm., u. Fr., v. London, St. Rom.
 v. Lubomirski, Fürst, Durchl., Grundherr v. Lemberg, St. Wien.
 Ludwig, Student v. Breslau, Kronprinz.
 Marchardt, Kfm. v. Guben, K. Rauchh.
 Meß, Maler v. Berlin, K. Rauchhaus.
 v. Meßsch. Fr., v. Reichenbach, gold. Engel.
 Meyer, Capitain a. D., u. Fr., v. Hannover, Kronprinz.
 Niedusjewski, Syndicus v. Posen, St. Rom.
 Noah, Student v. Tharand, gr. Rauchh.
 Polcyn, Domherr v. Gnesen, St. Rom.
 Prietdorf, Mauerstr. v. Berlin, St. Leipzig.
 Raush, Student v. Tharand, gr. Rauchh.
 v. Reinsberg, Fr., v. Berlin, St. Wien.

Ressel, Actuar v. Leubn, roth. Hirsch.
 Rud, Kfm. v. Würzburg, St. Rom.
 Sander, Kfm. v. Berlin, St. Gotha.
 Schattenbera, Kfm. v. Leipzig, St. Gotha.
 Schaubert, Kfm. v. Breslau, St. Rom.
 Schick, Fabr. v. Frankenberg, Kronprinz.
 Schübbach, Fabrikbes., u. Fr., v. Sibnig, Hamb. Haus.
 Schmieder, Fabrik. v. Merane, K. Rauchh.
 Schuler, Student v. Breslau, Kronprinz.
 Schubert, Fr., v. Frankenberg, Kronprinz.
 Schurter, Student v. Tharand, gr. Rauchh.
 Simon, Coupeur v. Marseille, Hamb. Haus.
 Simon, Fabrikant v. Pesth, St. Gotha.
 Sontentals, Adv. v. Ronneburg, Kronprinz.
 Sponholz, Kfm. v. Leipzig, St. Gotha.
 Stoetmer, Eigenthümer v. Paris, St. Wien.
 Teuscher, Fabrik. v. Frankenberg, Kronprinz.
 Unger, Part. v. Berlin, St. Berlin.
 Unvericht, Student v. Breslau, Kronprinz.
 Urban, Student v. Breslau, Kronprinz.
 Vollrath, Part. v. Brüssel, S. de France.
 Wehner, Bürgermstr. v. Chemnitz, roth. Hirsch.
 Weisklein, Fr., v. Hirschberg, roth. Hirsch.
 Wolfenstein, Seidenhändler, u. Fr., v. Berlin, St. Berlin.
 Zeuschner, Kfm. v. Warschau, St. Rom.
 Ziegler, Rtgbes. v. Erfurt, St. Leipzig.
 Ziegler, Decon. v. Erfurt, St. Leipzig.
 Zlaginski, Gutsbes. v. Polhonnien, S. de France.

Bekanntmachung.

Das Königl. Hohe Ministerium des Innern hat nach dem Antrage der vorbereitenden Commission für Erörterung der Gewerbe- und Arbeitsverhältnisse beschlossen, alle Verhandlungen, Berichte und sonstige Schriften der Commission, um dieselben dem größern Publicum möglichst zugänglich zu machen, in ähnlicher Form wie die Landtagsmittheilungen drucken zu lassen. Den Anfang hierzu bildet der bereits erschienene Bericht über die vorbereitenden Commissionssitzungen, sowie die den Ausschüssen zur Beantwortung übergebenen Fragepunkte.

Der unterzeichneten Königl. Zeitungsexpediton ist der Debit dieser Mittheilungen für das Inland sowohl, wie für das Ausland übertragen worden und ladet dieselbe daher zum Abonnement auf diese Mittheilungen mit dem Bemerkten ein, daß alle Königl. Sächsischen Postanstalten, sowie die wohlthätigen Postämter und Zeitungsexpeditonen des Auslandes Bestellungen auf dieselben entgegennehmen.

Hoher Anordnung gemäß ist der Abonnementspreis für 20 Bogen dieser Mittheilungen auf

30 N e u g r o s c h e n

festgesetzt worden.

Um jedoch die Auflage einigermaßen fest bestimmen zu können, ist zu wünschen, daß die Bestellungen möglichst bald und längstens bis mit Ablauf des Monats Juli d. J. gemacht werden. Wegen aller nach dieser Zeit etwa noch eingehender Bestellungen kann mit Sicherheit auf deren Berücksichtigung nicht gerechnet werden.

Leipzig, den 20. Juni 1848.

Königliche Zeitungsexpediton.
 Kessler.

Freiberger Anzeiger.

Der Freiberger Anzeiger hat sich einer so großen Theilnahme zu erfreuen, daß er ein Blatt fürs ganze Erzgebirge genannt werden kann. Die Auflage ist 900 Exemplare und steigt mit jeder Woche. Die Inserate in den Anzeiger kosten à Zeile 5 Pfennige und sind bei der allgemeinen Verbreitung des Blattes von sehr guter Wirkung. Durch alle Postanstalten kann der Anzeiger für den halbjährlichen Preis von 22½ Rgr. bezogen werden.

A. Reimann in Freiberg.

J. G. Schreiber

aus

Chemnitz

empfiehlt eine reichhaltige Auswahl von Herren- Zeugstiefeln, alle Arten Damenschuhe und Ertseletten, ingleichen ein vollständiges Sortiment von Kinderschuhchen und Babuschken zu den billigsten Preisen.

Stand: wie gewöhnlich Schreffelgasse in der Nähe des kleinen Rauchhauses und an der Firma kenntlich.

Hülferuf.

Ein fürchterlich zerstörender Brand, hier der vierte große seit 1806, vernichtete gestern wieder einen großen Theil unserer Vaterstadt.

In Folge der großen Trockenheit griff das verheerende Element mit überraschender, kaum zu bekämpfender Schnelligkeit und Kraft um sich und opferte in kaum 10 Stunden seiner entfesselten Wuth: eine Kirche, 88 Häuser und 4 Scheunen.

Von den dadurch obdachlos gewordenen Familien, die sich mindestens auf die Zahl von 160 belaufen werden, ist die bei weitem größte Zahl aller ihrer dürftigen, mit saurem Schweiß verdienten Habe verlustig gegangen und dadurch sind sehr, sehr Viele an den Bettelstab gebracht, wenn ihnen nicht von mitleidigen, wohlthätigen Brüdern wenigstens einige Unterstützung zu Theil wird.

An alle Menschenfreunde, an Alle, die ein fühlendes Herz für fremdes unverschuldetes Elend haben, ergeht daher die dringende Bitte, zu Milderung des grenzenlosen Elendes nach Kräften beizutragen und an den unterzeichneten Hülfverein gütigst ihre Gaben, sie seien noch so klein, einzuschicken, damit sie, unter Berücksichtigung etwaiger besonderer Vorschriften, unparteiische gewissenhafteste Vertheilung finden und seiner Zeit zu öffentlicher Rechenschaftsablage kommen können.

Lößnitz, am 14. Juni 1848.

Der Hülfverein.

Eberhardt. Oppe jun. M. Würdig. C. F. Salzer.
v. Nyffel. S. Poppe. Adolph Oppe. C. F. Schönfelder. C. T. Geßner. Adv. Stölzel.

Aufgefordert von dem Hülfverein wagen es die Unterzeichneten, die schon oft beanspruchte Mithätigkeit der Residenzbewohner auch für diese Unglücklichen anzurufen, und erklären sich zu Empfangnahme jeder, auch der kleinsten Gabe hiermit bereit.

Dresden, den 17. Juni 1848.

Dr. Seymann, S.

C. A. B. Schmidt, Kaufmann, Altmarkt Nr. 15.

Dr. Schaarschmidt, Geh. Regierungs-Rath, große Plauensche Gasse Nr. 9.

Reinhold, Adv., Halbegasse Nr. 11 part.

Herrmann, Kaufmann, Elbberg Nr. 24 part.

Geuder, Finanz-Secretär, vor d. Kamp. Schl. Nr. 5.

Collenbusch, Kaufmann, Neustadt am Markte Nr. 1.

v. Brandenstein, Hauptmann, Leipziger Straße Nr. 10 erste St.

B. BOSCO

wird

Montag den 26. Juni

auf dem rechten Freiplatz am innern Pirnaischen Thore seinen

ZAUBER-SALON

eröffnen und dann täglich Vorstellungen in der ägyptischen Magie geben. Jeden Abend werden 20 Experimente gewählt und es wird kein Stück wiederholt, außer jenem der unsichtbar werdenden Kugeln.

Billets sind täglich von früh 10 bis Abends 6 Uhr in meiner Wohnung, äußere Pirnaische Gasse im rothen Hirsch Zimmer Nr. 8, zu haben.

Die Kasse wird 7 Uhr geöffnet. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Das Nähere durch die Anschlagzettel.

Zu kaufen wird gesucht: eine gut gehaltene Material-Geschäfts-Einrichtung: Heinrichstraße Nr. 2.

Es liegen noch circa 20 Ctr. Nadeschienen, à 4½ Thlr., sowie zu Wagenbauen bruchbares Eisen zum Verkauf: Heinrichstraße Nr. 2.

Gewölbe zu vermieten.

Große Frauengasse Nr. 14 ist ein Gewölbe, sowohl für die Dauer des Jahrmarktes, als auch auf längere Zeit zu vermieten. Näheres im Kürschnergewölbe bei

C. G. Klette jun.

II. Bat. C. G.

Um den Mitgliedern des II. Bataillons, sowohl Charaktern als Gardisten, eine regelmäßig wiederkehrende Gelegenheit zu freiwilligen Uebungen zu geben, wird mit Genehmigung des Commandos bekannt gemacht, daß solche Uebungen allwöchentlich Dienstags von Abend 7 Uhr an Statt finden sollen. Je mehr die Kenntniß in der Waffenföhrung das Selbstbewußtsein des Mannes kräftigt, um so dringender empfehle ich die Theilnahme an diesen freiwilligen Uebungen den Mannschaften.

Die erste Uebung findet Dienstag den 27. d. Mts. Statt. Sammelplatz (wegen des einfallenden Jahrmarktes) im Landhausgäßchen. Erscheinen in Dienstkleidung um 7 Uhr Abends.

Der Bataillons-Commandant.

Das Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften von Carl von Rotteck und Carl Welcker, letzter Abdruck, ganz neu, in achtzehn brillanten Halbfranzbänden, soll für die Hälfte der Anschaffungskosten verkauft werden; außerdem sind mir noch von einem Lehrer, wenn irgend möglich zu verwerthen, übergeben: Pieter's Universal-Lexikon, Becker's Weltgeschichte, Oken's Naturgeschichte (das Thierreich), Conversations-Lexikon der Gegenwart von Brockhaus, J. H. Hellmuth's Volks-Naturlehre (11. Aufl.): Heinrichstraße Nr. 2.

Lotterie-Anzeige.

Die erste Classe der 34. Königl. Sächs. Landes-Lotterie wird nächsten Montag als den 26. Juni gezogen, wozu ich $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{8}$ Loose bestens empfehle aus den Hauptcollectionen von:

- 1) J. A. Thierfelder & Söhne in Neukirchen,
- 2) G. B. Ullmann in Lommahsch,
- 3) W. Koch jun. in Jena,
- 4) S. A. Ronthaler hier.

Auch sind noch Compagnie-Antheile von 20 ganzen Loosen, 50 Vierteln und 50 Achteln bei mir zu haben.

Auswärtige Aufträge erbitte ich mir franko. Dresden, im Juni 1848.

J. F. Barthold,

Dohnaische Gasse Nr. 3 partere.

Von Gutta-Percha

empfehle ich: Fruchtkörbchen, Schreibzeuge, Cigarren-Stuis und Portemonnaies in eleganten Pressungen, Reitpeitschen, Bälle, Trinkbecher, Stöcke etc., desgl. für Fabriken: Treibriemen, Schnuren, Röhren u. Platten in allen Stärken.

Julius Buchold,

Agent der pat. Gutta-Percha-Company zu London.